

Abstimmungsplattform - FDP

FDP Binningen-Bottmingen: Wahlempfehlung und Abstimmungsparolen für den 28. November 2021

Friedensrichterwahlen 28.11.2021: Karin Schinzel

Karin Schinzel kandidiert für die FDP Binningen-Bottmingen

Am 28. November finden im Wahlkreis Binningen-Bottmingen Friedensrichterwahlen statt. Beide dem Kreis zustehenden Amtsstellen sind neu zu besetzen. In Zivilprozessen, z.B. bei Klagen auf Forderungen, Schadenersatz oder bei nachbarrechtlichen Konflikten, lädt die Friedensrichterin die Parteien zu einem Schlichtungsversuch vor. Streitigkeiten bis zu einem Wert von CHF 2000.- kann sie auch eigenständig entscheiden. Für die FDP Binningen-Bottmingen tritt Karin Schinzel zur Wahl an.

Karin Schinzel wohnt seit über 20 Jahren in Binningen, ist verheiratet und hat zwei Kinder im Schulalter. Sie studierte an der Universität Basel Wirtschaftswissenschaften und ist seither beruflich in Führungspositionen in den Bereichen Gesundheit und Behinderung, Sozialversicherungen und Finanzierung von Heimen tätig.

Daneben engagiert sich Karin Schinzel seit 2017 für die FDP als Mitglied der Sozialhilfebehörde Binningen. Aufgrund ihrer vielseitigen Tätigkeiten bringt Karin Schinzel viel Erfahrung im Umgang mit Personen und Mitarbeitenden unterschiedlichster Herkunft und in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Interessengruppen mit. Sie ist es gewohnt, komplexe Sachverhalte ganzheitlich zu erfassen und von verschiedenen Seiten unvoreingenommen und lösungsorientiert zu betrachten. Im Fokus stehen für sie praxistaugliche, für alle Betroffenen weiterführende Lösungen. Mit ihrer breiten, publikumsorientierten Berufserfahrung, ihrem Realitätssinn, ihrer langjährigen Verankerung und guten Vernetzung im Friedensrichterkreis Binningen-Bottmingen sowie mit ihrer konzilienten Art bringt Karin Schinzel sehr gute Voraussetzungen zur Ausübung des Friedensrichteramts mit. Die FDP Binningen-Bottmingen empfiehlt Ihnen Karin Schinzel bestens zur Wahl am 28. November.

Karin Schinzel: Persönliches

Liebe BinningerInnen und BottmingerInnen

Sie konnten schon einiges über meine Kandidatur als Friedensrichterin lesen. Dabei ging es primär um meine Ausbildung als Ökonomin und meine beruflichen Tätigkeiten bei der Finanzierung von Heimen und von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Gern bringe ich noch etwas Persönliches ein. Aufgewachsen in Riehen und für das Studium nach Basel gezogen, lebe ich nun seit über 20 Jahren in Binningen, wo ich mich sehr wohl fühle. Die vielfältige Gemeinde lernte ich von verschiedenen Seiten kennen. Das gilt zunächst einmal örtlich. Erst wohnte ich mehrere Jahre im Tal nahe bei der Feuerwehr in einem alten Binninger Mehrfamilienhaus mit einer liebenswerten, aufgeschlossenen Nachbarschaft. Mit der Familiengründung (unsere zwei Kinder besuchen heute die Sekundarschule Binningen und das Gymnasium Oberwil) wechselte ich ins Meiriacker-Quartier. Die weite Landschaft, das Erholungsgebiet vor der Tür und die prächtigen Sonnenuntergänge gefielen mir sehr dort. Später zog unsere Familie ins

Spiegelfeld, wo wir das Schwimmbad und die nahe Schule schätzten. Und jetzt wohnen wir nicht weit vom Drissel.

Seit ein paar Jahren bin ich für die FDP in der Binninger Sozialhilfebehörde. Hier finden wir im überparteilichen, sachlichen Gespräch immer wieder gute Lösungen für die Betroffenen und die Gemeinde. Das ist es auch, was mich am verantwortungsvollen Friedensrichteramt reizt und was mir liegt: Die Anliegen aller Beteiligten ernst nehmen und miteinander versuchen, eine Einigung zu erreichen, wo es möglich erscheint.

Es würde mich sehr freuen, wenn Sie, liebe Wählende in Binningen und Bottmingen, meine Kandidatur als Friedensrichterin unterstützen und mir für die Wahl vom 28. November Ihre Stimme geben.

Karin Schinzel



Abstimmungsparolen

National

Pflegeinitiative: NEIN

Die FDP Binningen-Bottmingen sagt Nein zur Pflegeinitiative. Handlungsbedarf im Pflegebereich ist zwar gegeben. Es fehlt an gut ausgebildeten Pflegefachleuten, was zu Überbelastungen und unattraktiven Arbeitsbedingungen führt. Die Initiative würde daran aber nichts ändern, würde sich doch ihre Umsetzung durch den Bundesgesetzgeber und die Kantone über Jahre hinziehen. Zudem wäre es kreuzfalsch, Bestimmungen zu den Löhnen für eine Berufsgruppe in Bundesgesetze aufzunehmen. Die Löhne der Pflegenden werden durch die Sozialpartner in den Kantonen festgelegt, die auch für die Spitäler und Heime zuständig sind. Nur wenn die Initiative abgelehnt wird, kann der Gegenvorschlag des Parlaments in Kraft treten. Mit ihm würde in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Franken in die Ausbildung investiert. Das ist eine konkrete, rasch umsetzbare Massnahme, die die Lage der Pflegenden verbessert.

Covid-19-Gesetz: JA

Die FDP Binningen-Bottmingen sagt Ja zum Covid-19 Gesetz. Das Gesetz schränkt die Handlungsmacht des Bundesrats ein. Die Impfung ist der beste Weg aus der Pandemie, weil sie schwere Krankheitsverläufe massiv verringert. Das Zertifikat (geimpft-getestet-genesen) sorgt für mehr Freiheiten, weil Shutdowns und Schulschließungen in die Ferne rücken. Das Gesetz gewährleistet auch, dass Finanzhilfen dort, wo sie noch nötig sind, weitergeführt werden können.

Justizinitiative: NEIN

Bundesrichterinnen und Bundesrichter sollen weiterhin demokratisch legitimiert sein und nicht durch das Los bestimmt werden. Richterinnen und Richter sind keine blutleeren Eunuchen. Sie haben einen gesellschaftlich-

politischen Hintergrund. Mit dem heutigen Wahlverfahren ist sichergestellt, dass Personen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergründen das Richteramt bekleiden.

Kantonal

Kantonales Integrationsprogramm: JA

Ja sagt die FDP Binningen-Bottmingen zum kantonalen Integrationsprogramm (KIP 2^{bis}). Es wäre ein Kapitalfehler, dem in engster Abstimmung mit den Gemeinden erarbeiteten Programm für 2022 und 2023 den Stecker zu ziehen. Damit würden wertvolle Projekte wie die frühe Sprachförderung bei Kindern oder die Information von Migrantenfamilien über Ausbildungsanforderungen, Arbeitsbedingungen oder Gesundheitsvorsorge abgewürgt. Genau diese Projekte, die private Vereine und Stiftungen aufgrund von Leistungsaufträgen des Kantons in Absprache mit den Gemeinden wahrnehmen, sorgen dafür, dass Kinder einen besseren Start in der Schule haben und Erwachsene rasch in Arbeit kommen. Das entlastet die Schulen, die Gemeinden und die Arbeitgeber.